

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung: Die Beteiligung von Verbänden bei der Schaffung von Rechtsnormen als Verfassungsproblem	11
B. Begriffsklärung und Entstehungsgeschichte	14
<i>I. Klärung der in § 94 BBG verwendeten Begriffe</i>	<i>14</i>
1. Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften	14
2. Allgemeine Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse ..	16
3. Die Beteiligung bei der Vorbereitung	17
<i>II. Die Entstehungsgeschichte des § 94 BBG</i>	<i>19</i>
1. Die Zeit bis 1945	19
2. Die Zeit nach 1945	21
a) Besatzungsrecht	21
b) Deutsches Bundesrecht	22
aa) Bundespersonalgesetz	22
bb) Bundesbeamtengesetz	22
3. Stellungnahme	23
C. Das Beteiligungsrecht als Ausfluß der Koalitionsfreiheit	25
<i>I. Die Koalitionsfreiheit im allgemeinen</i>	<i>25</i>
1. Gewährleistung der Koalitionsfreiheit durch Art. 9 Abs. 3 GG	25
2. Existenz- und Betätigungsgarantie der Koalitionen	26
a) Betätigungsrecht gegenüber dem Sozialpartner	26
b) Betätigungsrecht gegenüber dem Staat	27
aa) Müssen die Koalitionen sich auf sozialpolitischem Gebiet betätigen?	29
bb) Ist der sozialpolitische Bereich ein Bestandteil des Betätigungsbereiches des Art. 9 Abs. 3 GG?	30
cc) Haben die Koalitionen einen Anspruch auf bestimmte Betätigungsmittel im sozialpolitischen Bereich?	31
<i>II. Die Koalitionsfreiheit der Beamten</i>	<i>35</i>
1. Die rechtlichen Grundlagen	35
2. Die Beamtenkoalitionen als Rechtstatsache	38

3. Der Sozialpartner der Beamten und der Beamtenkoalitionen ..	41
a) Anwendbarkeit der Begriffe des Kollektivarbeitsrechts	41
b) Der Bundespräsident als Sozialpartner	42
c) Der Bundestag als Sozialpartner	43
d) Die Bundesregierung als Sozialpartner	45
4. Betätigungsbereich und Betätigungsmittel der Beamtenkoalitionen gegenüber der Bundesregierung	49
5. Das Beteiligungsrecht des § 94 BBG als spezifisch koalitionsgemäßes Betätigungsmittel	50
a) Die Beschränkung auf die Spitzenorganisationen	50
b) Die Beschränkung auf die Beteiligung bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse	53
c) § 94 BBG als Ausfluß der allgemeinen Koalitionsfreiheit	53
d) Verfassungskonforme Auslegung	54
e) Ergebnis	54
D. Möglichkeiten und Grenzen eines gesetzlich gewährten Beteiligungsrechts	56
I. <i>Problematik der Gewährung eines Rechtsanspruchs an die Verbände auf Beteiligung</i>	<i>56</i>
II. <i>Sinn und Zweck der Beteiligung von Verbänden an der Rechtsetzung</i>	<i>57</i>
1. Nutzbarmachung des Sachverständes der Verbände	57
2. Integration der Verbände	58
III. <i>Der Bundestag als Adressat eines Beteiligungsrechts</i>	<i>59</i>
1. Das Entscheidungsrecht des Bundestages	59
2. Das Petitionsrecht (Art. 17 GG)	60
3. Die Anhörung durch den Bundestag	61
IV. <i>Die Bundestagsausschüsse als Adressaten eines Beteiligungsrechts</i>	<i>63</i>
1. Die Aufgaben der Ausschüsse	63
2. Das Beschluß- und Verhandlungsrecht der Ausschüsse	65
3. Ein Rechtsanspruch von Verbänden auf Teilnahme an den Informationssitzungen	65
V. <i>Die Bundestagsabgeordneten als Adressaten eines Beteiligungsrechts</i>	<i>71</i>
VI. <i>Der Bundesrat als Adressat eines Beteiligungsrechts</i>	<i>72</i>
1. Die Sitzungen des Bundesrates	72
2. Die Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates	75

VII. Die Bundesregierung als Adressat eines Beteiligungsrechts	76
1. Die Bundesregierung und die Verbände	76
a) Die Abhängigkeit der Bundesregierung von den Regierungs- parteien	76
b) Die Abhängigkeit der Regierungsparteien von den Verbänden	77
c) Die Abhängigkeit der Verbände von der Regierung	78
2. Die Beteiligung der Verbände bei Gesetzentwürfen	79
a) Die Vorbereitung ohne einen Anspruch der Verbände auf Beteiligung	79
b) Die Vorbereitung mit einem Anspruch der Verbände auf Beteiligung	81
c) Zulässigkeit einer Verpflichtung der Bundesregierung	83
3. Die Beteiligung der Verbände bei Rechtsverordnungen	85
VIII. Die Verfassungswidrigkeit der Regelung des § 94 BBG	86
E. Zusammenfassung	89
Literaturverzeichnis	92